

25000 haben bisher für ein neues Wahlrecht unterschrieben

Volksbegehren: Verein geht zuversichtlich in die letzten Wochen

Von unserem Redakteur
Michael Brandt

BREMEN. Der Verein "Mehr Demokratie" hat den Sekt schon kalt gestellt. Viereinhalb Wochen vor Ablauf der Frist hat gestern die Bremerin Barbara Held auf dem Marktplatz vor dem Rathaus die 25000. Unterschrift geleistet. Ziel ist es, bis zum 18. Oktober genau 48175 Unterschriften zu sammeln. "Mehr Demokratie" will mit dem Volksbegehren zum Wahlrecht erreichen, dass die Wählerinnen und Wähler größeren Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments bekommen.

Barbara Held hat gestern unterschrieben, weil sie nach eigenem Bekunden mit ihren bisherigen Möglichkeiten bei der Wahl unzufrieden ist. Auf die Unterschriftensammlung zum Volksbegehren war sie schon vor Wochen aufmerksam geworden, ist aber erst jetzt durch Zufall an einem Stand vorbeigekommen. Neben Barbara Held haben sich nach Auskunft von Vertrauensmann Paul Tiefenbach inzwischen auch eine Reihe von Prominenten in die Listen eingetragen - zum Beispiel der frühere Werder-Profi Marco Bode und der SPD-Bundestagsabgeordnete Volker Kröning. Vertreten seien inzwischen auch zahlreiche Mitglieder aller Parteien sowie Mitarbeiter der bremischen Verwaltung. Die Zuversicht der Organisatoren begründet sich zum einen auf die hohe Zahl an Unterschriftenlisten, die sich noch im Umlauf befinden. Laut Tiefenbach sind das rund 18000. Täglich kämen momentan zehn bis 15 Listen per Post zurück. Tiefenbach bittet in einer Erklärung die Unterstützer der Aktion, die Listen zurückzusenden. "Jede Stimme ist für uns wichtig." Zum anderen nehmen die Bremer erfolgreiche Volksbegehren in anderen Ländern zum Maßstab - und liegen nach eigenen Angaben besser im Rennen.

"Mehr Demokratie" weist dabei auf die hohen Hürden hin, um in Bremen ein Volksbegehren erfolgreich abzuschließen. "In anderen Bundesländern hätten wir die Hürde bereits geschafft. Das zeigt einmal mehr, dass Bremen nicht nur beim Wahlrecht, sondern auch bei der Volksgesetzgebung zu den Schlusslichtern gehört." In Brandenburg, Schleswig-Holstein und Hamburg reichten demnach vier beziehungsweise fünf Prozent der Wahlberechtigten, um ein Volksbegehren durchzusetzen, in Bremen müssen es zehn Prozent sein.

Unterstützt wird das Volksbegehren ab Montag vom "Omnibus für direkte Demokratie in Deutschland". Der Bus soll als zusätzliche feste Anlaufstelle dienen. Er steht bis Sonntag, 24. September, auf dem Domshof, danach vom 25. bis 28. September in Bremerhaven in der Bürgermeister-Smidt-Straße und schließlich vom 1. bis 18. Oktober auf dem Bahnhofsplatz.

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Weser-Kurier Seite: 15 Datum: 16.09.2006